

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Verhältnisse:
Für Dresden: 2,50 M. jährlich, 30 Pf. monatlich. Für andere Städte: 3,00 M. jährlich, 35 Pf. monatlich. Einmalige Beiträge: 1,00 M. für Dresden, 1,50 M. für andere Städte. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung an Tage vorher zugetragenen Nachrichten werden durch die Post (Postfach 100) zugeteilt. Die den Lesern von anderen Orten zugetragenen Nachrichten werden durch die Post (Postfach 100) zugeteilt. Die den Lesern von anderen Orten zugetragenen Nachrichten werden durch die Post (Postfach 100) zugeteilt.

Anzeigen-Zarif:
Annahme von Anzeigen bis nach 3 Uhr, Sonntags vor dem Anzeigenschluss bis nach 11 Uhr. Die einseitige Grundgebühr (ca. 6 Ellen) 50 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf., die zweiseitige 75 Pf., die dreiseitige 1,00 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Grundgebühr 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundgebühr 50 Pf. — Zusätzliche Beiträge nur gegen Vorauszahlung. — Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Für Feinschmecker:

Lebeck's

Fondant-Chocolade	per Tafel 50 Pf.
Rahm-Chocolade	
Bitter-Chocolade	
Cacao per 1/2 Kg.	Dose 2,40 M.
Dessert per Carton	2.3 u. 4 M.

Marke: Dreieck.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Gegen Husten und Heiserkeit

Menthol-Katarrh-Pastillen.

Glas 1 Mark. Nur echt mit Schutzmarke „Mutter Anna“.

Versand nach auswärts.

Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Gummi-alle Maschinenbedarfs-Artikel

Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Hülsen, Walzen, sowie alle Maschinenbedarfs-Artikel wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstöler, Wasserstandsgläser, Maschinöle.

Gummi- u. Asbest-Compagnie

Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 8.

Glaswaren

Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl.

Wilh. Rühl & Sohn, Inh.: Richard Rühl, Königl. Sachs. Hoflieferant,

Gegründet 1848. Waisenhausstr. 18. Fernspr. 4277.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Weiter, sehr kalt, trocken. Eine Ballot-Gedächtnisfeier fand gestern in Gegenwart des Kronprinzen Georg im Ständehaus zu Dresden statt.

Die Zwischen-Deputation der Ersten Kammer hat die Beratung des Volkschulgesetzentwurfs beendet.

Der Bundesrat hat auf eine Anregung der hamburgischen Regierung hin die Bestimmungen über die tierärztliche Untersuchung des in das Zollland eingehenden gefrorenen Fleisches erleichtert.

Der Entwurf des neuen Postgesetzes ist dem Reichstage ausgegangen.

Gegenwärtig einer Konvention über das Beschießrecht und betreffs der Haftpflicht der Eisenbahnen werden dem Bundesrate vorgelegt.

Das Reichsjustizamt beschäftigt sich von neuem mit Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung des Strafvollzuges.

Der Ausschuss der österreichischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten befaßt sich eingehend mit der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik.

Der türkische Thronfolger wird wieder ins Hauptquartier abreißen. Die türkische Regierung hat zwar die Rumänien Konstantinopels und den Rückzug nach Aften ins Auge gefaßt, trifft indessen noch Vorkehrungen zur Sicherung Konstantinopels.

Die albanische Frage.

Der europäische Schwerpunkt der Balkankrise hat im Laufe der bisherigen Ereignisse eine Verschiebung nach der albanischen Seite hin erfahren. Zuerst lag er im Sandhschaf Komitassar, das allgemein als das gefährlichste Streitobjekt zwischen Oesterreich und dem Balkanverbunde galt, so daß die Lage sich zu einem bewaffneten Konflikt zuspitzen schien für den Fall, daß die serbisch-montenegrinischen Truppen den österreichischen Anspruch auf Freihaltung des Sandhschafs nicht respektieren wollten. Tatsächlich lag dieser Auffassung auch ein wohlberechtigter Kern zugrunde; denn die Wiener Aktionspartei, die unter dem Einflusse des Erzherzog-Thronfolgers steht und nach einer energischen Wahrung der österreichischen Balkaninteressen drängt, hatte ihre Willensmeinung bezüglich des Sandhschafs so unabweislich kundgegeben, daß ein Zweifel nicht möglich war. Am entscheidenden Augenblicke gelang es aber der von der Wiener Hofburg ausgehenden Gegenwirkung, einen Ausgleich zwischen den beiden verschiedenen Richtungen, die über die Art der Orientierung der österreichischen Balkanpolitik um die Herrschaft stritten, herbeizuführen, so daß die Befehle des Sandhschafs durch die vereinigten serbisch-montenegrinischen Heerschaaren das habsburgische Schwert noch nicht aus der Scheide fliegen ließ. Auf dieser Grundlage beruhte das abgeschwächte Balkanprogramm, das Graf Berchtold in den Delegationen entwickelte. Hiernach scheidet die Sandhschaffrage als Kriegsfall aus, und ebenso verzichtet man an den leitenden Wiener Stellen auf die ursprünglich erhobte Forderung mit Serbien. Das ist aber selbstverständlich nicht gleichbedeutend mit einem völligen Verzicht auf den Weg nach Saloniki, vielmehr schweben in dieser Hinsicht noch Erwägungen darüber, wie die Forderungen Oesterreichs zur Sicherung seiner kleinasiatischen Handelsstraße zu formulieren sind; es scheint eine Neutralisierung der Bahnlinie nach Saloniki und die Internationalisierung dieses Hafenplatzes selbst nach dem Muster von Tanger in Aussicht genommen zu sein.

Nun aber die Hauptfrage! Gleichzeitig mit der Abklärung des Wiener Balkanprogramms, wie es in dem nächsten Augenblicke in die Erscheinung tritt, ist in dem vorerwähnten Ausgange auch die vom Kaiser Franz Joseph und dem Erzherzog-Thronfolger gleichermassen gutgeheißene Grenze gezogen worden, an der das Wiener Auswärtige Amt unumwunden erklärt: „Wir hierher und nicht weiter!“ Diese Grenze bildet Albanien, dessen Unantastbarkeit durch die verbündeten Mächte der Türkei in so strengem und unverrückbarem Form von den maßgebenden Wiener Stellen festgesetzt worden ist, daß eine Verletzung der so bestimmten Marksgrenze durch das hier hauptsächlich in Betracht kommende Serbien unweigerlich die Anwendung von Waffengewalt

zur Folge haben müßte. Das freiservative Organ der Reichshauptstadt erfährt aus der Wilhelmstraße, daß die Berliner Regierung von dem auf Albanien bezüglichen Standpunkte der österreichischen Regierung und deren feiter Entschlossenheit, ihn unter allen Umständen zu wahren, unterrichtet worden sei, und fügt hinzu, man werde in der Annahme nicht schiefgehen, daß die Berliner Regierung dem Bundesgenossen hierin gegebenenfalls nicht nur ihre diplomatische Unterstützung leihen werde.

Damit ist in der Erbscheinung nicht auf dem Balkan ein ruhender Pol gegeben, dessen Vorhandensein eine um so größere Bürgschaft gegen weiter ergreifende Veränderungen bietet, je stärker die allgemeine Ueberzeugung ist, daß er wirklich unerwärtlich fest steht, gedeckt und gestützt durch die vereinigte Waffenerhebung des Dreibundes, nicht bloß Oesterreichs und Deutschlands, sondern auch Italiens, das in kaum minderen Grade als die Donaumonarchie daran interessiert ist, daß dem Balkanverbunde ein energisches: „Hände weg von Albanien!“ zugerufen wird. Die Oesterreich seine wirtschaftliche und handelspolitische Stellung in Albanien unter hervorragender Beihilfe der katholischen Ordensgesellschaften sorgfältig ausgebaut und befestigt hat, so ist Italien seit langem beflissen gewesen, durch Gründung von Schulen, Ansiedlungen und industriellen und kommerziellen Unternehmungen auf albanischem Boden im Sinne der „friedlichen Durchdringung“ des Landes zu wirken. Dadurch wurde schließlich zwischen Oesterreich und Italien ein Gegenlag erzeugt, der fortwährende Eifersüchteleien wegen Albanien zur Folge hatte, Mißtrauen, Verhinderung und Verögerung hervorrief und das Bundesverhältnis nicht unerheblich gefährdete. Graf Lehrenthal war in richtiger Würdigung der tiefgreifenden politischen Bedeutung dieser Frage, lebhaft bemüht, die albanische Streitfrage zwischen Wien und Rom zum Verschwinden zu bringen durch die Darlegung der völlig legalen Absichten Oesterreichs. Doch vergeblich. Was ihm trotz der größten Anstrengungen nicht gelingen wollte, dazu hat nun seinem Nachfolger die Günst der Verhältnisse im Handumdrehen verholfen. Die letzten nach der albanischen Seite ausgestreckten Hände des Balkanverbundes haben das Wunder einer italienisch-österreichischen Einigung über die beiderseitige Interessensphäre in Albanien über Nacht vollbracht, so daß nun der schwelende Eifersüchteleien zwischen den beiden Dreibundsgenossen gelöscht ist und ihre beiderseitige albanische Stellung in völligem Einvernehmen gegen die Ansprüche des Balkanverbundes vermeldet werden kann.

Im Interesse des europäischen Friedens ist dringend zu wünschen, daß die Wetterzeichen am Horizont, die auf Sturm wegen Albanien deuten, an der Rewa gehärdet werden. Die Petersburger Diplomatie arbeitet seit einiger Zeit mit eifriger Haratigkeit hinter den Kulissen. So hat z. B. der französische Botschafter in Wien voshafenerweise ausgesplaudert, daß der vom Dreibunde einhellig zurückgewiesene Vorschlag des Herrn Poincaré betreffs der Desinteressamentklärung der Mächte auf dem Balkan eigentlich russischen Ursprunges ist. Herr Poincaré wurde damit in die Feuerlinie vorgeschickt und mußte die Blamage auf sein eigenes Konto nehmen. Vor allem scheint die Petersburger diplomatische

Beziehung sich jetzt Rumänien gegenüber zu betätigen, das offenbar von einem geschlossenen Zusammengehen mit dem Dreibunde in der albanischen Frage abgesehen werden soll, ein Ziel, das hoffentlich von Wien aus rechtzeitig erkannt und durchtrennt werden wird. Läßt sich Rußland dazu verleiten, auch den serbischen Drang aus Meer, an die Küste Albanien zu unternehmen und dadurch Oesterreich gegenüber eine Truppolität zu treiben, so ist nicht abzusehen, wie die Vorkalifizierung des Balkanrieges, die doch angeblich von allen Mächten gleichmäßig erstrebt wird, gewährleistet werden soll. Sehr ratsam und zweifelloses Handeln der Petersburger Diplomatie tut not, wenn nicht die schwersten internationalen Gefahren heraufbeschworen werden sollen. Schon hat der serbische Minister sich schlüssig gemacht, die offiziellen Wiener Warnungen wegen Albanien in den Wind zu schlagen und die von Oesterreich gestellte Grenze zu überschreiten. Das von der serbischen Truppen besetzte Monastir liegt bereits in der albanischen Sphäre, und wenn Serbien voranzieht, werden alsbald auch Bulgarien, Montenegro und Griechenland nachfolgen und ihre albanische Bedrohung präsentieren. Es ist also zweifellos Gefahr im Verzuge, die nur wirksam beschworen werden kann, wenn Rußland jetzt ein Nachwort zu den Balkanstaaten spricht, das diesen jeden Zweifel darüber beseitigt, daß in Petersburg die österreichischen Ansprüche auf Albanien ohne Vorbehalt anerkannt werden. Für die Donaumonarchie handelt es sich hier um eine Lebens- und Schicksalsfrage. Jetzt oder nie! Jeder einflußreiche deutsche Politiker wird das mitempfunden und mit der Mäanddeckung Oesterreichs durch den Dreibund in der Verteidigung des Grundgesetzes, daß Albanien unantastbar ist, völlig einverstanden sein.

Wir schließen an die vorstehenden Ausführungen folgende Auslassungen des „Vol-Anz.“, die möglicherweise inspiriert sind und den Serben einen Weg zum Regätschen Meere vorschlagen:

Einer von den vielen Schwerpunkten, deren sich das Balkanproblem erfreut, ist der serbische Wunsch nach einem Hafen an der Adria, ein Wunsch, der angeblich von russischer Seite geküßt, von anderen Mächten aber, wie Italien und besonders Oesterreich-Ungarn, bekämpft wird. Die Besprechungen zwischen dem Grafen Berchtold und dem Marquis di San Giuliano in Pisa haben bekanntlich zu einem Uebereinkommen geführt, in dem beide Mächte die Integrität und somit auch Unteilbarkeit Albanien zur Nichtschür ihrer gemeinsamen Balkanpolitik gemacht haben. Der von Serbien gewünschte Zugang zum Adriatischen Meere würde aber auch durch albanisches Gebiet führen. In diesen Gegenständen liegt somit ein gewisser Konfliktpunkt, der besonders in Wien nicht wegzuleugnender Nervosität behandelt wird. Näher betrachtet, ist in der Tat nicht einzusehen, warum die serbische Sehnsucht nach dem Meere, gegen die an und für sich gar nichts einzuwenden ist, gerade an dem Gesichte der Adria führen sollte. Außerhalb Serbiens ist man der Meinung, daß es sowohl aus politischen wie ebenso aus wirtschaftlichen Rücksichten am geeignetsten erscheint, wenn Serbien sich den Weg zum Regätschen Meere freimachen würde, was in Anbetracht seiner letzten militärischen Erfolge keine großen Schwierigkeiten mit sich zu bringen vermag. Es ist anzunehmen, daß man auch in Wien einem solchen Plane keinen Widerstand leisten würde. Eine Verständigung zwischen Wien und Belgrad über diese Frage würde jedenfalls zu einer Entspannung der Lage und dabei zur Lösung des Balkanproblems beitragen.

Der Krieg auf dem Balkan.

Die Serben werden übermütig.

Ein bedenkliches Zeichen der Lage ist der augenscheinlich mit ihren kriegerischen Erfolgen rasch wachsende Uebermut der Serben. Ein Korrespondent des „Daily-Mir“ ist von Belgrad nach Simons gefahren, um dem Zensor auszuweichen und telegraphiert von dort: Die Serben werden, wie ich aus bester Quelle weiß, alles Land, westlich einer von der serbisch-bulgarischen Grenze nach Filip und von da über Perlepe und Perida nach dem Hafen Durazza gezogenen Linie für sich fordern, wodurch das Königreich an Größe verdoppelt werden dürfte. Gegenwärtig sind Verhandlungen mit Montenegro im Gange, um dieses zu veranlassen, den eben eingewonnenen Hafen von San Giovanni di Medua an Serbien abzutreten. Man wird in Belgrad unter allen Umständen auf einem Auswege nach der Adria bestehen. Aus diesem Grunde marschieren vier Truppenabteilungen in Eilmärschen westlich durch Albanien nach der Küste. Die Serben beginnen über-

mütig zu werden. Man hört Fraktionen, wie: Oesterreich mit Arika bedrohen, und Forderungen von der Gründung eines serbischen Kaiserreiches. Die Erfolge der Bulgaren werden in Belgrad mit Mißtrauen aufgenommen. Major Sudemitz-Kutusch, der Führer der Verschwörung, die dem König Alexander und der Königin Draga das Leben kostete, ist wieder in die Armee eingetreten, aus der er seinerzeit auf Englands beiderseitigen Wunsch entlassen worden war.

Rumänien und Dreibund.

Wie die Bukarester Blätter melden, haben die Dreibundmächte Rumänien Forderungen hinsichtlich einer Verächtlichmachung rumänischer Wünsche bei etwaigen Veränderungen des Status quo auf dem Balkan gegeben. „Secolul“ will beiseite erfahren haben, daß Rumänien schon seit Jahren so gut wie gleichberechtigtes Mitglied des Dreibundes sei und daß lediglich hierauf das passive Verhalten Rumänien in der Balkanbewegung zurückzuführen sei.